

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 446

Mittwoch, 21. Oktober 2009

16. Jahrgang

Frauenmorde und Straflosigkeit

In der Zeitschrift Pueblos vom 22. September 2009 berichtet Paloma Lafuente über das Phänomen des Femicidio, d.h. der brutalen und sexistisch konnotierten Ermordung von Frauen, oft begleitet von Vergewaltigung und Tortur, welches seit Ende der 90er Jahre - nach Abschluss der Friedensabkommen und mit der Festigung der Frauenbewegung – verstärkt anzutreffen ist. Sie setzt diese Erscheinung mit dem Fehlen eines funktionierenden Rechtssystems und der Bürgerkriegsvergangenheit in Zusammenhang.*

Wenn in nur 16 Tagen 26 Frauen auf brutale Weise in der Schweiz ermordet würden, was für Auswirkungen hätte dies? Wie viele Demonstrationen, Ermittlungen und Anklagen würden stattfinden, wenn man in den Strassen von Berlin die Leichen von 26 Frauen fände? In Guatemala, dem Land, in dem wirklich so viele Frauen ermordet werden, ist die einzige Folge, dass die Fälle archiviert werden, da es keine Beweise gibt oder die Familien der Opfer Angst haben, Nachforschungen anzustellen. Man rechnet, dass mehr als 4300 Frauen in Guatemala während der letzten acht Jahre ermordet wurden und dass dabei extreme Gewalt und Brutalität wie Verstümmelung oder Strangulierung angewendet wurden. ExpertInnen reden von einem tiefen Hass, der sich gegen Frauen richtet und ein Produkt der 36 Jahre Bürgerkrieg ist. In einem Land, in dem 56,2 % der EinwohnerInnen unter der Armutsgrenze leben, schaffen Straflosigkeit, Korruption, Unsicherheit und Ungleichheit ideale Bedingungen, um eben diese Verhältnisse zu reproduzieren.

Jeden Tag finden wir Mitteilungen in den Nachrichten, die uns von der Ermordung von Frauen in Lateinamerika berichten. Mexiko und Guatemala übernehmen dabei die „Führung“. Und jedes Jahr erweitern sich die Massnahmen der Organisationen der Vereinten Nationen, um die Frauen zu unterstützen, ebenso wie die Delegationen internationaler ExpertInnen zunehmen, welche über diese bedauerliche Situation alarmieren. Trotz dieser Bemühungen produzieren die Inkompetenz der staatlichen Einrichtungen und die fehlende Koordinierung zwischen der Arbeit der Zivilen Nationalpolizei (PNC) und dem langsamen und unorganisierten Justizsystem eine Spirale der Straflosigkeit und mangelnder Operativität. Dadurch verschwinden die Ermordungen von Hunderten von Frauen in der Unsichtbarkeit.

Die ungerechte Behandlung und die Schuld, die man den Opfern und ihren Familien zuweist, sind jene Facetten des Phänomens, die am meisten die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und vor allem auch einen wichtigen Ansatzpunkt für die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen bieten. In den meisten Fällen werden die Frauenmorde archiviert, weil man davon ausgeht, dass die Opfer zu kriminellen organisierten Banden gehörten oder Sexarbeiterinnen waren. Allerdings ist es offensichtlich, dass die Mehrheit der Ermordeten junge Frauen sind, die in den Textilfabriken (maquilas) arbeiteten oder Studentinnen, die spätabends nach Hause in die abgelegenen Viertel der Hauptstadt zurückkehrten.

Organisationen wie Amnesty International alarmieren schon seit Jahren über diese dramatische Situation und über das Fehlen jeglicher Hinterfragungen von Seiten der guatemalteckischen Autoritäten. Obwohl, wie Amnesty International 2005 berichtete, internationale Abkommen ratifiziert und Gesetze erlassen worden sind, „wurden diese nicht effektiv angewendet, und nur wenige Male haben sie dazu gedient, zu verhindern, dass Frauen Gewalt erleiden“. Laut Daten des World Economic Forum besetzt Guatemala, was Gleichstellung zwischen Frauen und Männern angeht, den 106. Platz von den insgesamt 128 ausgewerteten Nationen. Neben der existierenden Diskriminierung und Ungleichheit aufgrund des Geschlechts wirken Armut und Zugehörigkeit zur indigenen Bevölkerung als verschärfende Faktoren.

Um diesen Zuständen entgegenzuwirken, wurde im Mai 2008 das *Gesetz gegen Femicidio** und andere Formen von Gewalt gegen Frauen erlassen. Zwischen 25 und 50 Jahren Gefängnis sieht das Gesetz vor, in der Realität wurden die gesetzten Ziele aber bisher nicht erreicht. Laut der guatemaltekischen Frauenorganisation GGM "gab es zwischen 2007 und 2008 insgesamt 1414 gewaltsame Tode von Frauen und 1101 Anklagen, bei denen es zu 185 Gerichtsbeschlüssen kam: 121 Verurteilungen und 64 Freisprüche". Gleichzeitig üben die Frauenorganisationen des Landes weiterhin Druck aus, damit die Gerichtsurteile vollstreckt werden, die Mehrheit der Delikte strafrechtlich verfolgt wird, und sie hinterfragen ausserdem die Effizienz des Obersten Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft.

Friedensabkommen und Straflosigkeit

Zwischen 1960 und 1996 litt Guatemala unter einem internen Konflikt, der 200'000 Todesopfer und Verschwundene forderte und Wunden schuf, die als Wurzel des aktuellen Klimas von Gewalt gegen Frauen zu sehen sind. Die Friedensabkommen von 1996 erschienen wie ein Licht am Ende der dunklen Kriegsjahre und sollten den Frauen eine Möglichkeit geben, ihre ihnen bislang verweigerten Rechte zu gewähren. Wie die Direktorin der Nationalen Koordination für die Prävention von Gewalt gegen Frauen (CONAPREVI), Hilda Morales, zugab, "ist das Töten von Frauen in Guatemala wie das Töten von Fliegen: es ist unwichtig". Nur 26 von 100 Frauenmorden werden laut einer Studie der GGM strafrechtlich untersucht.

Dies führt laut Hilda Morales dazu, dass "die Verantwortlichen weiterhin zuschlagen, vergewaltigen und töten, da sie wissen, dass ihnen nichts passieren wird". In Guatemala gab es schon immer Gewalt gegen Frauen, allerdings "sind die Formen der Gewalt der letzten Jahre ein Nachgeschmack des internen Krieges, wo es den Soldaten erlaubt war, Schreckenstaten an Frauen zu begehen, die nicht nur sexueller Natur waren, sondern auch morden und Verstümmeln beinhaltete". Für Walda Barrios-Klee, Präsidentin der Nationalen Union Guatemaltekischer Frauen (UNAMG), ist "die Straflosigkeit eines der Merkmale des *Femicidio*. Und deshalb brauchen wir einen kulturellen Wandel: von der Hasskultur, die uns vom Bürgerkrieg vererbt wurde, zu einer Kultur des Friedens und des Respekts aller Lebensformen".

Mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen begann die eigentliche harte Arbeit der sozialen und psychologischen Transformierung von Tausenden von Frauen, deren Rechte verletzt wurden, die vergewaltigt und ermordet wurden, ohne dass ihnen oder ihren Familien je Gerechtigkeit widerfuhr. Organisationen wie Oxfam International unterstützen die lokalen Frauenvereine und deren Bemühungen, den Frauen das Recht, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, und ein Leben in Freiheit zu führen, wiederzugeben. Auch sind die Ehefrauen, Mütter und Witwen die Protagonistinnen im Kampf um die verschwundenen Familienangehörigen, und es ist ihnen zu verdanken, dass die begangenen Massaker ans Tageslicht gebracht und damit Gerechtigkeit von den Militärdiktaturen der Zeit des Konfliktes gefordert wurden.

Trotz aller Bemühungen ist es dem Staat bisher noch nicht gelungen, die Grundlagen für einen gerechten und andauernden Frieden zu schaffen und effiziente politische und juristische Institutionen zu konsolidieren. Nach einer Studie der UNAMG "erschuf man in Guatemala ein System absoluter Straflosigkeit, und ein Jahrzehnt von Anstrengungen reichten nicht aus, um den Rechtsstaat zu festigen". Dabei zeichneten sich die Frauenorganisationen bei den Friedensabkommen nicht nur durch aktives Handeln aus, wie Walda Barrios-Klee erklärte. Sie machten nicht nur als Kollektiv und Teil der Zivilgesellschaft während der Abkommen Druck, sondern traten auch danach für die Ausübung ihrer Bürgerrechte ein.

Initiativen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen

Diejenigen, die am besten das grosse Leid kennen und verstehen, welches die Familien der Opfer des *Femicidio* erfahren müssen, sind ohne Zweifel die Organisation, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Angesichts des Fehlens von Information und offizieller Ermittlungen in den grausamen Frauenmorden war die GGM die erste Organisation, die sich damit befasste, die Zahlen der Ermordeten zusammen zu suchen. Sie führte Studien und Diagnostiken durch, die belegen, wie gross der Prozentsatz von Ermittlungen, Verurteilungen und Straflosigkeit ist. Parallel dazu unterstützt die Organisation Frauen, die Opfer von Gewalt sind, durch psychologische, soziale und juristische Betreuung. Ausserdem ist ein unumgänglicher Teil ihrer Arbeit, Druck auf den Kongress auszuüben und juristische Alternativen zu fördern.

Diese Bemühungen treffen auf andere Initiativen, die von ausserhalb Guatemalas kommen. Von Spanien aus unterstützen Frauenbewegungen aktiv diesen Kampf wie z.B. die Plattform von Künstlerinnen gegen Gendergewalt. Mitglieder dieser Plattform sind Frauen aus der Welt der Kunst, der Musik und des Kinos, angeführt von der Sängerin und Aktivistin Cristina del Valle. Durch verschiedene Aktionen visualisieren sie die Problematik, und während eines Besuches im Mai diesen Jahres sprachen sie vor dem Kongress und forderten ihn dazu auf, die Gesetze, die weiterhin Frauen diskriminieren, zu überholen.

Die Effizienz offizieller Nachforschungen und der Kampf gegen Straflosigkeit werden von dem Druck abhängen, die die sozialen Bewegungen ausüben können. Man kann und darf sich nicht gleichgültig gegenüber einer Zahl verhalten, hinter der das Leben von Tausenden von Frauen stehen, deren Freiheit und Anrecht auf Gerechtigkeit auf dem Spiel stehen.

* Kommentar der Redaktion: Innerhalb der Frauen- und feministischen Bewegung wird eine breite Debatte über die Verwendung der Begriffe Femicidio und Femicidio geführt. Während der Begriff Femicidio/Femizid analog zum Begriff Homicidio/Homicid die Ermordung von Frauen im Gegensatz zur Ermordung von Menschen/Männern unterscheidet, wird der Begriff Feminizid/Femicidio analog zum Begriff Genozid/Genocidio verwendet und schliesst eine systematische und politische Komponente ein. So erstaunt es nicht, dass das entsprechende guatemaltekische Gesetz sich an die Homizid – Femizid-Analogie hält und nicht an die vor allem in feministischen Kreisen verbreitete Genozid – Feminizid-Analogie, da man sich sonst plötzlich auch mit der Genozid-Frage auseinandersetzen müsste.

„Buenos días, seguimos en guerra“

Der Film der Schweizer Regisseurin Anita Blumer wurde am Zürcher Filmfestival ur-aufgeführt. Beim Guatemala-gewohnten Publikum hinterlässt er Kopfschütteln und einen gewissen Ärger. Wer Guatemala nicht kennt, erhält durch den Film wohl ein ziemlich verschobenes Bild über das Land und seine aktuelle Situation.

Nein, es geht in diesem Film nicht um das Aufspüren von Zusammenhängen zwischen der nicht aufgearbeiteten Gewalt des internen Konfliktes von Guatemala und der neuen Art der Kriegsführung, der sogenannten kriminellen Gewalt, die das Land in Angst und Schrecken hält. Es geht auch nicht um diesen schleichenden Übergang von Krieg zu Nicht-Frieden, in dem die Gewalt nicht aufhört, sondern bloss die Form ändert. Und leider geht es auch nicht darum, eine Verbindung zwischen Gewalt und Politik, politischer Gewalt und gewalttätiger Politik aufzuzeigen. All dies und noch mehr verspricht nämlich der Titel.

Im Dokumentarfilm „Buenos días, seguimos en guerra“, geht es um zwei individuelle Schicksale, beispielhaft für viele, die sich im Kontext von Gewalt abspielen. Die Geschichte von Michelle, einem achtjährigen Mädchen, das in dem kleinen Städtchen Camotán auf dem Weg von seinem Haus zur nahegelegenen Papeterie von einer Frau entführt wird und zwei Tage später tot, vergewaltigt und misshandelt gefunden wird. Das Dorf verdächtigt drei Frauen der Entführung, und in einem Akt brutaler Selbstjustiz töten die DorfbewohnerInnen eine der Frauen, die zweite erleidet schreckliche Verbrennungen, und die dritte überlebt, weil sie ein Geständnis ablegt. Später werden die zwei überlebenden Frauen vom Gericht zu je 50 Jahren Gefängnis verurteilt, von ihren AuftraggeberInnen fehlt jede Spur.

Die andere Geschichte handelt von einem ehemaligen Marero, der erzählt, wie er zur Mara kam, wie er Morde beging und weshalb er den Ausstieg wollte und offenbar auch schaffte. Und mit welchen Problemen er nun, als stigmatisierter junger Mann, zu kämpfen hat. Emotional wird er erst, als er von seinem kleinen Sohn zu sprechen beginnt, dem er „ein besseres Leben ermöglichen“ will.

Die Geschichte des Mareros hat keinen direkten Zusammenhang mit der Geschichte von Michelle. Dass beide Phänomene Puzzlestücke eines komplexen politischen Konstrukts sind, wird leider weder erwähnt noch thematisiert. Gewalt, sei es nun die „allgemeine“ der Raubüberfälle, Lösegeld-Erpressungen und Morde durch die Mareros oder die spezifische gegen Frauen, wird in diesem Film als persönliche Schicksale abgehandelt, was es durchaus in jedem Einzelfall auch ist. Ein politischer oder gesellschaftlicher Kontext wird jedoch nicht hergestellt: Kein Wort über das Erbe des Krieges, die rund 200'000 Toten und 45'000 Verschwunden, wenige Worte nur über die Straflosigkeit, der sich die Täter gewiss sind. Kein Wort darüber, dass Gewalt in Guatemala auch heutzutage noch ein strategischer und politischer Faktor ist, der je nach dem für Wahlkampagnen (der Kandidat mit „der harten Hand“) oder zur Destabilisierung der Regierung eingesetzt wird (z.B. die zunehmende Ermordung von Busfahrern bei gleichzeitiger massiver regierungsfeindlicher Hetzkampagne in den Medien). Kein Wort auch darüber, dass sowohl die Mareros wie die drei Frauen, die Michelle ermordet haben, ebenso wie Tausende von GuatemaltekinInnen, die in die verschiedensten Formen halblegalen Agierens involviert sind, nichts anderes als die Spielbälle der im Hintergrund agierenden Mächte (Drogenringe, Ex-Militärs, Grossgrundbesitzer, korrupte PolitikerInnen, klandestine Machtgefüge) sind – und bei Bedarf zu Sündenböcken gemacht werden.

In der Geschichte von Michelle geht es am Rande auch um das „Phänomen der Frauenmorde“, das im letzten Jahr mehr als fünfhundert Frauen das Leben kostete. Und es geht um die Stiftung Sobrevivientes und deren Gründerin Norma Cruz, welche Frauen, die Gewalt überlebt haben bzw. die Hinterbliebenen von Frauen, die

ermordet wurden, juristisch und psychologisch berät und begleitet. Norma Cruz hat übrigens die Stiftung gegründet, nachdem sie ihren ehemaligen Partner, ein ehemaliges hohes Kader der FAR-Guerilla ins Gefängnis brachte, weil dieser jahrelang die gemeinsame Tochter sexuell missbraucht hat.

Nicht ganz klar ist, was der junge Fotograf in dem Film verloren hat, der für eines der guatemaltekischen Boulevard-Blätter von Gewalttort zu Gewalttort fährt und Fotos schiesst. Über die miese Rolle, welche die guatemaltekische Presse in der Repräsentation der ermordeten Frauen und überhaupt von Gewalt übernehmen – kein Wort.

Ebenso unklar, was Alejandro Giammattei in dem Film zu suchen hat, der als „guatemaltekischer Politiker“ eingeführt wird, und davon schwafelt, dass es eigentlich in Guatemala mehr Gutmenschen gibt als schlechte und dass es schade sei, dass immer nur die Schlechten Schlagzeilen machen würden. Unerwähnt jedenfalls bleibt, dass Giammattei, ehemalige Gefängnisdirektor und Präsidentschaftskandidat der GANA, im Sommer 2006 für die „Befreiung“, sprich Stürmung des grössten guatemaltekischen Gefängnisses „El Pavon“ verantwortlich war. Diese wurde zuerst als Erfolg gefeiert, später kam jedoch ans Tageslicht, dass im Rahmen der Stürmung ein paar kurz vor der Entlassung stehende Gefangene gezielt und extrajudiziell hingerichtet wurden. Weshalb ausgerechnet der „Gutmensch“ Giammattei im Film zitiert wird, bleibt ein Rätsel.

Dafür wird immer wieder, quasi als Bindeglied zwischen den beiden Hauptgeschichten, der Menschenrechtsprokurator eingeblendet, der irgendwelche Statistiken zitiert und Allgemeinplätze von sich gibt. Leider kommt in dem Film der Psychologe, der das Phänomen der kollektiven Angst erklärt, unter dem die guatemaltekische Gesellschaft leidet, viel zu kurz.

Immerhin war die Regisseurin im anschliessenden Publikumsgespräch ehrlich genug, zuzugeben, dass sie anfänglich etwas anderes vorhatte – nämlich eine Art „Sozialgeschichte der Gewalt“ aufzuzeigen. Davon ist jedoch nur noch der Filmtitel übriggeblieben. Ansonsten „sei der Film am Schnittpunkt entstanden“ – halt aus den Teilen des vielen Filmmaterials, die etwas hergegeben hätten. Und auf die Frage, ob sie nicht etwas irritiert gewesen sei, dass im Fall der Ermordung von Michelle Frauen die TäterInnen gewesen seien, meinte sie, schockiert sei sie gewesen, aber diese Geschichte zeige eben, dass Gewalt kein geschlechtspezifisches Phänomen sei. In solchen Fällen wie jenem von Michelle werde oft Organhandel als Motiv vermutet, beweisen könne man es allerdings nicht.

Ach, hätte doch nur jemand aus dem Publikum die Regisseurin darauf hingewiesen, dass, unabhängig von der Entführung des Mädchens durch Frauen, allein die Tatsache, dass sie vor ihrer Ermordung sexuell missbraucht wurde, doch ein ziemlich eindeutiges geschlechtspezifisches Phänomen ist. Die Schreiberin konnte es leider nicht, ihr hatte es schlicht die Sprache verschlagen.

Endloser Konflikt zwischen StrassenhändlerInnen und der Stadt Coatepeque, Quetzaltenango

Guatemala, 29. Sept. Im Monat September zählte man mindestens fünf Zusammenstösse zwischen den HändlerInnen von Coatepeque, die ihre Waren auf der Strasse verkaufen, und der örtlichen Polizei. Beim Zusammenstoss vom 29.09.2009 wurden mehrere Personen durch Schusswaffen und Schläge verletzt, als die Polizei die Waren der StrassenhändlerInnen beschlagnahmte. Die HändlerInnen setzen sich zur Wehr, indem sie Steine und leere Flaschen warfen. Daraufhin schossen die Beamten auf die anwesenden Personen, unter anderem auch auf JournalistenInnen, da sie nicht wollten, dass das Geschehene in die Presse komme. Laut HändlerInnen warf die Polizei sogar eine Handgranate, die aber nicht explodierte.

Der Hintergrund: Im November des Jahres 2006 wurde gerichtlich entschieden, dass HändlerInnen zum Verkauf ihrer Waren den neu angelegten Marktplatz benutzen sollten, einer der grössten Zentralamerikas. Die informellen StrassenhändlerInnen weigerten sich jedoch, da die Mieten für die Lokale zu hoch seien, als dass sie sie bezahlen könnten. Ausserdem liegt der Markt in der Nähe einer Müllkippe, und es wird befürchtet, dass dies für die Gesundheit schädlich sein könnte. Seither kommt es immer wieder zu gewalttätigen

Auseinandersetzungen zwischen den sich verweigernden HändlerInnen und der örtlichen sowie der Nationalen Zivilpolizei (PNC) und selbst dem Militär. Gewaltsame Räumungen, Verletzungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung; Todesfälle bei GegnerInnen und FürsprecherInnen des Marktes sind keine Ausnahme. Im November 2006 unter der damaligen Regierung von Oscar Berger wurde deswegen zum ersten Mal der Ausnahmezustand in Coatepeque ausgerufen. Im Oktober 2008, aufgrund erneuter Räumungen und Auseinandersetzungen, wurde diese Handhabe von der Regierung Colon wieder aufgegriffen und ununterbrochen mindestens neunmal verlängert (ein Ausnahmezustand dauert 14 Tage, verbietet u. a. Versammlungen und erlaubt Militärpräsenz, welche die Bevölkerung in Anbetracht der Geschichte Guatemalas oft in Angst und Schrecken versetzt).

In Anbetracht der jüngsten Ereignisse wird klar, dass eine Lösung des Konfliktes wohl noch immer in weiter Ferne liegt.

65 Jahre Guatemaltekische Revolution

Persönliche Anmerkungen zum 20. Oktober von Stephan Brüess

Mit dem 20. Oktober verbinde ich einige sehr persönliche Erlebnisse. Als ich das erste Mal nach Guatemala reiste, wurde die Guatemaltekische Revolution von Juan José Arévalo gerade 50 Jahre alt.

Bei regnerischem Wetter versammelten sich Maya-Priester und -AktivistInnen, Studierende der Universität San Carlos (USAC) und GewerkschafterInnen zur Demonstration und Kundgebung am Präsidentenpalast. Die bekanntesten Frauen der Volks- und Indígena-Bewegung, Rosalina Tuyuc (Witwenverband CONAVIGUA) und Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, hielten Reden, in denen sie an die Errungenschaften des guatemaltekischen Frühlings (1944-54) erinnerten.

Und ich sollte in diesen Tagen mit einem Protagonisten jener Zeit zusammentreffen: Alfonso Bauer Paíz, Don Pancho, damals in verschiedenen Funktionen in den Regierungen Arévalo und Arbenz tätig, unter anderem als Arbeits- und Wirtschaftsminister.

Er war somit verantwortlich für die damals unerhört fortschrittlichen Gesetze zum Arbeits- und Streikrecht, zur Gewerkschaftsfreiheit, zur 8-Stunden-Woche und zur Sozialversicherung. Auch die Landreform wollte er in Angriff nehmen, also die Reform, die den letzten Auslöser für den Putsch von 1954 gab.

Guatemala wurde vor 1944 von einem Diktator namens Ubico regiert, der sich für Napoleon hielt und den Nachbau des Eiffelturms auf eine Strassenkreuzung setzte. Unter ihm gab es auch das sog. Vagabundengesetz, das jede Person, die ohne Arbeit war, zu Zwangsarbeit verpflichten konnte. Analphabetismus war für ihn Programm. Wirtschaftspolitisch gesehen jedoch war er die Marionette der United Fruit Company (UFC), der die Eisenbahn sowie die Häfen im Osten und Südosten des Landes gehörten und die so das Land als Staat im Staat beherrschte.

Die Landreform, die Don Pancho unter Präsident Arbenz durchführen wollte, sah die Enteignung der United Fruit Company gegen Entschädigung vor, ein Akt der Aggression gegen die Mächtigen der USA, die – wie Bauer Paíz 2004 vor dem US-Kongress genüsslich nachwies – in grosser Zahl Aktionäre des UFC waren. Ein Putsch, geplant von der CIA, machte der sozialen, nicht sozialistischen Politik ein jähes Ende. Es sollten sich anschliessend 30 Jahre lang viele Militärdiktatoren und wenige Zivilisten als Präsidenten die Klinke in die Hand geben. Eine Politik der verbrannten Erde folgte, die viele Tausend Tote und ebenso viele Flüchtlinge produzierte.

Don Pancho war, als ich ihn 1994 traf, 76 Jahre alt und beriet die *Ständigen Kommissionen der Flüchtlinge* (CCPP), über deren Arbeit ich für meine Diplomarbeit recherchierte. Er hatte einen kleinen, mit unzähligen Büchern vollgestellten Raum im Büro der CCPP, und er wurde genau zum 50. Jahrestag der Guatemaltekischen Revolution mit Ehrungen überhäuft: Ehrendoktorwürde der USAC und Auszeichnung durch die Stiftung Menchú (bei der ich selbst zugegen war). Ich kaufte später seine Autobiographie „La Historia No-Official de Guatemala“, in der eine Innenansicht der Revolution und ihres gewaltsamen Endes geschildert wird. Damit war das, was am 20. Oktober 1944 geschah, für mich nichts Abstraktes, Entferntes mehr, sondern etwas Konkretes, Nahes.

Schon bei meinem ersten Aufenthalt war der 20. Oktober ein Nationalfeiertag.

Während die Volksbewegungen auf die Strasse gingen, hielten die Intellektuellen Foren ab, um über die Geschehnisse und die Lehren, die daraus zu ziehen seien, zu theoretisieren. In der USAC wurde ein Film gezeigt über die Protagonisten des politischen Frühlings.

Und auch die Präsidenten, von welcher Partei auch immer, hielten und halten jedes Jahr salbungsvolle Reden über die Demokratie und die ihnen so am Herzen liegende Sorge um das Wohlergehen des breiten Volkes. Doch wie sieht die Realität ihrer Politik aus? Gewerkschaften dürfen offiziell arbeiten und streiken, aber nicht selten nur unter Lebensgefahr. Es gibt eine Art Sozialversicherung und neuerdings einen Mindestlohn. Aber hat das an den erbärmlichen Zuständen der Mehrheit des Volkes irgend etwas geändert? Wird nicht doch und nach wie vor eine Politik nur für die reichen Familien gemacht, aus denen die Präsidenten stammen?

So bleibt notwendigerweise ein heuchlerischer Beigeschmack, wenn die Mächtigen auch dieses Jahr wieder Lobhudeleien auf die Zeit absondern, die an einem 20. Oktober vor 65 Jahren begann. Fijáte, Señor Presidente. Don Pancho lebt noch immer. Er könnte Dich aufklären, über das, was er damals gemacht hat und über das, was auch heute politisch notwendig wäre. Fijáte?

¡Fijáte!

www.guatemala.de/Fijate

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-